



DREI MONATE CORONA-KRISE: DIE STIMME DER GESCHÄDIGTEN

MEIN-HAERTEFALL.AT

Unterlage zur Pressekonferenz am 19. Juni 2020 mit :

LRin Birgit Gerstorfer, SPÖ-Landesparteivorsitzende
Georg Brockmeyer, SPÖ-Landesgeschäftsführer
Helmut Mitter, SWV-Landesgeschäftsführer

Rekordkrise braucht Rekordengagement

Heute vor 3 Monaten begann die Bundesregierung mit ihren Corona-Maßnahmen – es war der Beginn der Corona-Krise in Österreich. Viele Menschen haben in diesen Wochen die Corona-Krise am eigenen Leib zu spüren bekommen. Nicht nur gesundheitlich. Den einen wurde der Job genommen, andere müssen aufgrund von Kurzarbeit mit weniger Einkommen über die Runden kommen und viele Unternehmerinnen und Unternehmer kämpfen um ihre Existenz.

Doch anstatt diese Wochen zu nutzen um gemeinsam mit allen Parteien nach Lösungen zu suchen, wurden diese Woche im Nationalrat wie auch im gestrigen Landtag alle Anträge niedergebügelt, die eine Verbesserung gebracht hätten.

MEIN HÄRTEFALL

Vor zwei Wochen haben wir mit www.mein-haertefall.at gestartet. Seitdem haben uns hunderte Menschen ihre Geschichte erzählt. Und eines wird dabei klar: ÖVP, FPÖ und GRÜNE: Sie können es einfach nicht. Das Ausmaß der persönlichen Krisen ist noch größer, als wir bisher dachten. Hinter allen Zahlen, die im Raum stehen, stehen Schicksale. Wir werden diesen Menschen in den nächsten Tagen und Wochen ein Gesicht geben.

ECHTE HILFE FÜR FAMILIEN

Familien stießen in der Corona-Krise an die Grenzen ihrer Belastbarkeit: Die wochenlangen Schließungen von Kindergärten und Schulen bedeuteten einen schwierigen Spagat: Zwischen Homeoffice und betreuungsintensiven Kleinkindern oder zwischen dem Lernen mit schulpflichtigen Kindern und dem Job. Vielen Eltern war das gar nicht möglich: Laut „Schul-Barometer“ eines Schweizer Bildungsinstituts ist es für ein Drittel der Eltern eine echte Herausforderung, ihrem Kind bei den Schulaufgaben zu helfen. Dazu kommt, dass viele Eltern ihren Urlaub in der Corona-Zeit bereits aufgebraucht haben, die Großeltern zählen zur Risikogruppe und stehen nicht zur Verfügung. Aber Betreuungsangebote für den Sommer fehlen leider.

Viele Eltern haben ihre Arbeit verloren und kämpfen mit Existenzsorgen. Beim von der Regierung groß angekündigten Familienhärteausgleichsfonds schauen aber viele Familien und ihre Kinder durch die Finger: Sie haben bis heute keinen Cent gesehen! Viele erfüllen auch nicht die Anspruchsvoraussetzungen, obwohl sie in Not sind, zum Beispiel Alleinerziehende mit arbeitslosem Ex-Partner. Eine aktuelle Studie des „Triple M Matzka“ Markt- und Meinungsforschungsinstituts zeigt zudem, dass die Mehrfachbelastung durch Lohn-, Familien- und Hausarbeit noch schwerer auf den Schultern der Frauen lastet als auf denen der Männer.

Um das zu veranschaulichen, hier die Geschichte von Johannas Familie:

„Uns wurde plötzlich der Boden unter den Füßen weggerissen“, sagt Johanna. Sie ist zweifache Mutter und durch Corona stand sie von einer Sekunde auf die andere vor einem – wie sie sagt – „persönlichen und finanziellen Wahnsinn.“ Der Grund: Ihr Mann hatte bereits am Beginn der Krise seinen Job verloren. Die einzigen Gedanken, die Johanna im Kopf herumschwirrten: „Wie zahlen wir den Kredit? Wie geht es mit unserer Familie weiter? Wie können wir uns den Lebensunterhalt noch leisten?“. In dieser Situation war schnelles Handeln überlebenswichtig. Die Kinder vom Hort ab-

zumelden und eines der zwei Autos aufzugeben, hielt die Fixkosten ein wenig in Schach. Für ihren Mann und die beiden Söhne da zu sein, war aber nicht die einzige kräftezehrende Aufgabe. Johanna ist im Sozialbereich tätig und hat die Krise damit verbracht, den Menschen mit telefonischen Beratungsgesprächen beizustehen. Psychische Belastung und Probleme von allen Seiten. Und Johanna mittendrin. „Das einzige Ziel war es, dass wir unser Leben wieder hinbekommen.“

Vor dem Coronavirus selbst hatte ich eigentlich keine Angst“, sagt Johanna. Besonders schmerzlich war für sie, ihre Kinder unter den Einschränkungen leiden zu sehen. Viele Tränen sind bei ihren Söhnen geflossen. Ganz klar: Die Freunde nicht mehr sehen zu können und die Oma nicht mehr umarmen zu dürfen, das geht besonders an Kindern nicht einfach so vorbei. „Es ist ein Wahnsinn, was das menschlich mit einem macht.“ Johannas Mann hat nun wieder Arbeit gefunden. Zugegeben, für den Job ist er mehr als überqualifiziert. „Aber immerhin bekommt er mehr als die 55% Arbeitslosengeld. Und es geht nicht nur um das Gehalt. Sondern auch um das Gebrauchtwerden.“ Von Woche zu Woche leben, oder besser gesagt überleben: So sieht die Corona-Krise für Johanna und ihre Familie aus.

Was es jetzt braucht, ist eine echte Hilfe für Familien:

- Rasche Auszahlung aus dem Familienhärteausgleichsfonds: Wir fordern, dass in Not geratene Familien dieses Geld schnellstens bekommen!
- Höherer Familienzuschlag: Der Familienzuschlag beim Arbeitslosengeld muss erhöht werden – von derzeit 29,10 Euro auf 100 Euro monatlich.
- Corona-Schulpaket und Bildungsmilliarde: Dazu gehören attraktive Lern- und Ferienangebote im Sommer, der Ausbau der ganztägigen Schule sowie Förderunterricht, gratis Laptops und Tablets für SchülerInnen. Die Gesundheitskrise darf keine Bildungskrise werden!

ECHTE HILFE FÜR UNTERNEHMER*INNEN

Von den rund 540.000 Unternehmen in Österreich sind 500.000 Kleinstunternehmen (0 bis 9 MitarbeiterInnen), davon 250.000 Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Sehr viele von ihnen haben Mitte März ihre Betriebe schließen müssen und ihre Umsätze verloren. Ihnen hat die Regierung die (seit 1913! im Epidemiegesetz) garantierte Entschädigung weggenommen. D.h., sie haben den Rechtsanspruch darauf verloren und müssen sich jetzt um Almosen bei der Wirtschaftskammer anstellen. Und: Nicht einmal die Almosen kommen an. Die von der Regierung eingesetzte WKÖ hat in neun Wochen von den versprochenen 2 Milliarden Hilfen aus dem Härtefallfonds nicht einmal 200 Millionen genehmigt.

Laut einer Umfrage des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Wien sind UnternehmerInnen sehr enttäuscht von der Regierung. Nur zwei Prozent der EPU und drei Prozent der Kleinstunternehmen beurteilen ihre persönliche finanzielle Unterstützung durch das Hilfspaket mit „Sehr gut“. Der Großteil – 56 Prozent der EPU und 49 Prozent der Kleinstunternehmen – vergibt die Note „Nicht genügend“.

Um das zu veranschaulichen, hier eine Rückmeldung einer **Ein-Personen-Unternehmerin** von www.mein-haertefall.at:

„Ich habe den Eindruck, als würde man sich bei der Wirtschaftskammer auswürfeln, wer wieviel aus den Härtefallfonds bekommt und wer durch die Finger schaut. Vom bürokratischen Aufwand

rede ich gar nicht erst. Nicht nur ich fühle mich über den Tisch gezogen - auch vielen EPU's in meinem direkten Umfeld geht's so. Die Unsicherheit ist zermürbend, die Unterstützungen kamen zu spät und viele haben mittlerweile aufgegeben. Da hilft auch der ‚Comeback-Bonus‘ nichts mehr. Nicht nur meine Situation macht mir Sorgen, sondern auch die meiner selbständigen Kolleginnen und Kollegen. Wir sitzen ja schlussendlich alle im selben Boot und sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Dass wir mit ein paar Almosen abgespeist werden und bei den Anträgen offenbar komplette Willkür herrscht - das haben wir uns wirklich nicht verdient.“

Statt überschießender Bürokratie brauchen unsere UnternehmerInnen echte Hilfe. Daher:

- Volle Entschädigung nach dem Epidemiegesetz für Selbstständige und kleine Unternehmen bis 25 Mitarbeiter und Abwicklung der Zahlungen durch die Finanzämter, weil sie alle nötigen Daten haben.
- Investitionen von Städten und Gemeinden in KMU: Aufgrund des Wirtschaftseinbruchs droht bei den Gemeinden ein riesiger Investitionsstau. Der Städtebund rechnet mit bis zu 2 Mrd. Euro Einnahmeverlust. Dieser ist einmalig zu ersetzen. Denn der Einnahmeverlust ist für die lokalen KMU ein großes Problem – weil die Gemeinden wichtige Auftraggeber sind. Zusätzlich braucht es ein Investitionspaket für Gemeinden von zumindest 500 Mio. Euro jährlich.
- Vorzeitige Abschreibung als Investitionsanreiz: Einführung einer zeitlich begrenzten vorzeitigen Abschreibung – also steuerliche Anreize für Investitionen für Unternehmen, sodass Investitionen vorgezogen werden.
- Fixkosten-Zuschüsse auch für Kleine: Viele EPU und Kleinstbetriebe sind bisher davon ausgeschlossen.

EINE STIMME GEBEN!

Das sind nur wenige Beispiele von denen, die uns tagtäglich erreichen. Doch anstatt die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, haben ÖVP, FPÖ und GRÜNE in den letzten Tagen alle Anträge niedergebügelt, die eine Verbesserung für die Menschen bedeutet. Aber wir werden nicht locker machen, um all jenen eine Stimme zu geben, die von der Corona-Krise betroffen wurden. Und das sind viele, wie alleine die Rückmeldungen auf www.mein-haertefall.at zeigen.

